

## Haushaltsrede Jens Williges zum Haushaltsentwurf 2020 der Stadt Ronnenberg

Meine Damen und Herren,

zunächst das Positive:

Wir beschließen heute einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt. Die Stadt Ronnenberg kann also ihre laufenden Ausgaben inklusive der Finanzierungskosten der Kredite aus den laufenden Einnahmen bezahlen. Damit wird das, was heute an Gütern genutzt oder verbraucht wird und die Abnutzung bzw. die Wertminderung des Vermögens, u.a. bei Straßen und Gebäuden auch heute bezahlt.

Für die Grünen ist dieses ein wesentlicher Punkt, dem vorliegenden Haushaltsplan zuzustimmen.

Es ist trotz noch guter Konjunktur und Steuereinnahmen nicht selbstverständlich, dass dieses einer Kommune, die einen massiven Zuwachs bei den Kinderbetreuungskosten und den dafür nötigen Bauinvestitionen hat, gelingt. Man braucht nur zu unserem Nachbarn Gehrden zu schauen, der inkl. Steuererhöhung mit 6,5 Mio. Defizit plant.

Ronnenberg schafft den Ausgleich trotz seiner in der Region strukturell unterdurchschnittlichen Pro Kopf Steuerkraft, sowohl bei der Einkommenssteuer als auch bei der Gewerbesteuer. Der Ausgleich im Plan erfolgt jetzt auch ohne Erhöhung der Grundsteuer.

Auch der Rückblick ins letzte Jahr ist aus finanzieller Sicht für die Stadt positiv. Konnte der 2019er Haushaltsplan nur mit 477.000 Euro Buchgewinnen aus Grundstücksverkäufen ausgeglichen werden, hat sich das Ergebnis im Laufe des Jahres gedreht. Die aktuelle Schätzung liegt im ordentlichen Ergebnis, also ohne Verkäufe, bei 2,1 Mio. über dem Plan im Plus.

Die Liquiditätskredite konnten zum Jahreswechsel auf knapp 10 Mio. gesenkt werden. Auch diese Entwicklung weist in die richtige Richtung.

Durch die Erfahrung der letzten Jahre, in denen das jeweilige Jahresergebnis durch weniger Ausgaben und mehr Einnahmen über dem Plan lag, konnte man berechtigterweise davon ausgehen, dass die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass auch in diesem Jahr Luft bei den Haushaltsansätzen war. Ein guter Haushälter muss die Einnahmen vorsichtig kalkulieren und bei den Ausgaben alle bekannten Posten einplanen. Wenn die Konjunktur und die Steuern weiter wachsen und keine überraschenden Ausgaben kommen, führt das am Ende zwangsläufig zu einem überplanmäßigen Plus.

Diese wahrscheinliche Luft am Ende hat nun die SPD als Grund genutzt, dem Haushaltsplan nur zuzustimmen, wenn die Bürgermeisterin ihren Plan auf Grundsteuererhöhung zurücknimmt und die Luft vorab herausnimmt.

Isoliert betrachtet durchaus nachvollziehbar und nicht ganz falsch. Auch wir halten es für nicht unproblematisch, dem Rat, Haushaltspläne wie in der Vergangenheit vorzulegen, die bei einem Volumen von 58 Mio. nur Miniüberschüsse von 5.000 bis 20.000 Euro ausgewiesen haben.

Das wird dann mit dem Hinweis verbunden, keine finanzwirksamen Anträge zu stellen, da man dann sofort ins Minus käme und ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müsse.

Darauf braucht man sich natürlich nicht einlassen, insbesondere, wenn man noch notwendige Ausgaben im Haushalt unterbringen will. Der Rat muss sich sein höchstes Recht, das Haushaltsrecht, nicht selbst beschneiden.

Die Grünen haben daher nach ihrer Haushaltsklausur darauf hingewiesen, dass noch etliche Punkte aus dem Maßnahmenprogramm Klimaschutz im vorgelegten Haushalt fehlten und dass man bereits erkennbare Minderausgaben z.B. beim Personal durch nicht besetzte Stellen zur Deckung der Ausgaben nehmen könnte.

Im Öko- und im Finanzausschuss hat die Verwaltung genau dieses dann dankenswerterweise auch so vorgestellt und übernommen.

Um die Grundsteuererhöhung zu vermeiden, liegt uns seit drei Tagen erneut so ein Deckungsvorschlag vor. Wie gesagt, isoliert betrachtet, ist das nicht falsch, GRÜNE halten es aber dennoch in der aktuellen Situation für einen Fehler.

Wenn es aber letztlich dazu dient, dass der Haushalt heute hier eine Mehrheit erhält, werden wir den Vorschlag trotzdem mittragen.

Eine Verzögerung des eh schon späten Haushaltsbeschlusses wäre ein größeres Problem. Die Stadt muss hohe Investitionen unter Zeitdruck stemmen und dringend freie Personalstellen besetzen. Die Risiken wegen einer verlängerten Diskussion über von zuletzt 230.000 Euro Steuererhöhung einzugehen, wäre fatal.

In einer Demokratie braucht es Mehrheiten, was gut ist und daher gibt es meistens Kompromisse, die nicht alle uneingeschränkt glücklich stimmen, so auch uns in dem Punkt nicht.

Daher nun zu dem Negativen:

Die finanzielle Situation der Stadt ist nicht so positiv, wie die eingangs genannten Punkte vermuten lassen, auch wenn die genannten positiven Aspekte stimmen.

Die Stadt hat noch 10 Millionen Defizite aus schlechten Jahren abzubauen. Grüne haben deshalb in den letzten beiden Jahren bereits eine Steuererhöhung in die Diskussion gebracht, um den Abbau zu beschleunigen. Jetzt sieht es so aus, dass die Stadt den Abbau bis zur nächsten Konjunkturdelle nicht schaffen wird. Dabei geht es nicht um die Investitionskredite, sondern um Kredite für Konsumausgaben.

In zukünftig vielleicht wirtschaftlich schwierigeren Zeiten zu sparen, ist auch wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Wir hätten in den fetten Jahren die Liquiditätskredite zurückführen müssen. Dann kann man sich in schlechten Zeiten auch unvermeidbare Defizite leisten. Mit dem Vorschlag standen GRÜNE aber hier im Rat alleine.

Neben den fehlenden 10 Mio. droht das nächste Defizit. In der vorliegenden Finanzplanung steht für das nächste Jahr eine Prognose von 2,15 Mio. Minus bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben.

Wir haben jetzt zwar Zeit, uns über strukturelle Veränderungen außerhalb von Steuererhöhungen Gedanken zu machen. Aber zu glauben, dass uns plötzlich in der Größenordnung von 2 Mio. was Neues einfällt, ist ziemlich optimistisch.

Ein Gemeinschaftshaus in Weetzen, in dem Horte untergebracht sind, zu verkaufen, um hinterher für das gleiche Geld für neue Hortplätze ohne Gemeinschaftshaus bauen zu müssen, ist jedenfalls Vermögensvernichtung.

Vorschläge zur Einsparung sind leicht zu finden, aber in der Hauptsache welche, die später noch mehr Kosten verursachen. Wer will die Hortbetreuung abschaffen, wer will den Kitabetreuungsschlüssel zurückfahren, wer will das Freibad schließen, wer will die Friedhofsgebühren durch Streichung der Grünquote erhöhen, wer will die Grünpflege und Müllbeseitigung auf öffentlichen Flächen einschränken, wer will die Straßensanierungen noch weiter zurückfahren?

Dennoch werden auch wir GRÜNE weiterhin eine Aufgabenkritik vornehmen und Sparvorschläge, wie im Energiebereich, machen. Wir brauchen aber auch mehr Einnahmen, etwa durch das neue Gewerbegebiet in Ronnenberg.

Es kann am Ende trotzdem dazu kommen, dass sich im nächsten Jahr das jetzt geplante Defizit nicht mehr ohne Grundsteuererhöhung ausgleichen lässt.

Ein paar Worte zur Grundsteuer. Die Grundsteuer macht etwa 20% der Steuereinnahmen und Zuweisungen, die bei der Stadt verbleiben, aus. Sie ist seit acht Jahren stabil. Die Grundsteuer ist ein fester Betrag, sie steigt nicht mit den Einkommen, den Renten oder der Inflation. Die Ausgaben der öffentlichen Infrastruktur unterliegen aber Preiserhöhungen und Tarifsteigerungen. Das gerade an dieser Stelle das soziale Argument bei einer Erhöhung unterhalb der Inflation angeführt wird, ist unangebracht. Die Grundsteuer bekommen die Sozialhilfe- und ALG II Empfänger erstattet. Die Einwohner mit kleinem und mittlerem Einkommen werden durch den Festbetrag jedes Jahr relativ entlastet und profitieren von den städtischen Leistungen. Sie sind auch im Besonderen durch ihre Berufstätigkeit darauf angewiesen, z.B. an einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung. Eigentümer von großen Grundstücken zahlen mehr Grundsteuer als Besitzer oder Mieter von Eigentumswohnungen.

Wenn die maximalen Sätze für die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung durch die Arbeitsagentur nicht mehr ausreichen, dann müssen die Sätze erhöht werden.

SPD und CDU zumindest auf Bundes- und Landesebene haben dagegen keine Probleme, die Stromkosten, die nicht voll erstattet werden, überdurchschnittlich steigen zu lassen, obwohl die erneuerbaren Energien den Strompreis für die Stromunternehmen senken. Das ist das Gegenteil von sozial.

Im Gegensatz zum Grundsteuerhebesatz, der 20% niedriger als in Hannover ist, liegt Ronnenberg bei der Gewerbesteuer am oberen Rand. Dieses sehe ich nicht unproblematisch. Die Gewerbesteuer steigt im Gegensatz zur Grundsteuer automatisch mit der Inflation und dem Einkommen der Unternehmen, da sie gewinnabhängig ist. Hier bedarf es keiner regelmäßigen Anpassung. Ronnenberg benötigt statt noch höherer Gewerbesteuersätze eher mehr Gewerbebetriebe und mehr lokal einkaufende Bürger.

Neben den 10 Mio. Altüberziehungen und dem drohenden Defizit von 2,15 Mio. im nächsten Jahr, beschließen wir heute zwar einen ausgeglichenen lfd. Haushalt, aber auch eine Nettokreditaufnahme, also eine Nettoneuverschuldung von 21 Millionen Euro allein dieses Jahr.

Weitere 31 Mio. kommen in den nächsten drei Jahren dazu. Die Schulden der Stadt steigen auf 140 Mio., von jetzt 3.000 € je Einwohner auf über 5.500 Euro je EW.

So schön ein ausgeglichener Haushalt ist, 385.000 Euro aus einer jährlichen Grundsteuererhöhung, die für alle vertretbar gewesen wäre und unterhalb der Inflation/ Einkommenssteigerung gelegen hätte, nicht einnehmen zu wollen, ist angesichts des wachsenden Schuldenberges auch ein Verschließen der Augen vor den anstehenden Herausforderungen.

Wenn die nds. Kommunen insgesamt und das Land keine neuen Schulden machen, aber Kommunen, die in der Situation Ronnenbergs sind, also gesetzlich vorgeschrieben massiv in die Kinderbetreuung und Schulen investieren müssen und sich dabei keine teuren Projekte, wie Hallenbäder, leisten, ihre Schulden verdoppeln müssen, dann stimmt das Verteilungssystem nicht.

Die Finanzverteilung zwischen den nds. Kommunen muss reformiert werden, ebenso darf es nicht wieder nur eine Senkung der Regionsumlage für alle geben, sondern mehr direkte Investitionszuschüsse an Kommunen, die nicht an einer Autobahn liegen.

Ronnenberg hat in der Vergangenheit viel für seine Bevölkerung getan, teilweise auch mehr als gesetzlich vorgeschrieben. Dieses sind vor allem Investitionen in die Bildung, in die Infrastruktur, in das Zusammenleben und damit in die Zukunft. An einer Stelle gibt es aber trotzdem besonderen Aufholbedarf. Die aktuell fehlenden Kita- und Krippenplätze müssen schnell geschaffen werden. Hier muss der zügigste und wirtschaftlichste Weg bei gleichen Standards genommen werden. Ideologie ist hier fehl am Platz.

Von den vielen weiteren notwendigen, aber auch zukunftsorientierten Investitionen, die im Haushaltsplan abgebildet sind, wie in die Entwicklung der Ortsmitte Ronnenbergs, möchte ich, was nicht überraschen wird, auf eines besonders eingehen, die Finanzierung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzaktionsprogramm.

Die Bürgermeisterin hat in ihrer Einführungsrede zum Haushalt gesagt, es wäre mit Blick auf die nächste Generation fatal, notwendige Investitionen u.a. im Klimaschutz zu unterlassen.

Der erste Schritt dazu war der im Dezember breit gefasste Beschluss zum Klimaschutzaktionsprogramm. Der zweite Schritt, die Bereitstellung der Haushaltsmittel, wird jetzt mit der ergänzten Haushaltsvorlage vollzogen.

Dieses ist ein weiterer wesentlicher Grund, warum wir dem vorliegenden Haushalt zustimmen werden.

Im Haushalt stehen jetzt Mittel für die schnellere Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, für ein energetisches Quartierkonzept, für den barrierefreien Umbau der Bushaltestellen, für ein Radverkehrskonzept, für ein weiteres Lastenrad, für Fahrradabstellanlagen, für den Radweg nach Gehrden, für ein Carsharingskonzept, für ein E-Auto in der Verwaltung, für ein E-Mobilitätskonzept, für Klimaschutzberatung, für einen Aktionsplan Natur und Landschaft, für ein 100 Bäume Programm und für ein Blühflächenprogramm zur Verfügung.

Daneben werden die geplanten Neubauten in einem energiesparenden Standard gebaut, beheizt mit Erdwärme und Wärmepumpen.

Das Team Ökologie und Klimaschutz wird personell mit einer neuen befristeten Stelle entlastet.

Die Bürgermeisterin hat im Ausschuss mitgenommen, dass sie im Laufe des Jahres weitere personelle und finanzielle Kapazitäten einsetzen oder einfordern wird, falls die jetzigen Ansätze nicht zur Erfüllung der beschlossenen Maßnahmen für 2020 reichen werden.

Am Ende funktioniert der Ausstieg aus den fossilen und atomaren Energieträgern aber nur, wenn es genügend alternative Energie aus Erneuerbaren gibt.

Genau hierfür den Rahmen zu setzen, ist die Verantwortung aller staatlichen Ebenen.

Ronnenberg hat, um dem gerecht zu werden, vor zwei Monaten neben den eben genannten Maßnahmen drei besonders wichtige Beschlüsse gefasst:

1. Die öffentlichen Gebäude werden da, wo es möglich ist, mit PV Anlagen bestückt. In 2020 sind 200.000 Euro dafür eingestellt, in den Folgejahren weitere 100.000 Euro jährlich. In 2022 für die neue Grundschule zusätzlich 180.000 Euro.

2. Alle geeigneten privaten Dächer sollen bis 2030 mit PV-Anlagen bestückt sein. Das städtische Sonnendächerprogramm wird mit diesem Haushalt aufgestockt und die Beratung intensiviert. Pachtmodelle sollen zum Einsatz kommen, wenn die Eigentümer die Investitionen nicht selbst finanzieren wollen oder können.

Als Drittes hat der Rat die mittlerweile bereits neun Jahre alte Passivhausvorgabe für Neubaugebiete erweitert. Zukünftig werden dort, wo Bebauungspläne aufzustellen sind, neue Wohn- und Nichtwohngebäude im KFW 40 plus oder Passivhaus Plus-Standard vorgegeben. Der Beschluss zum Klimaschutzaktionsprogramm legt die klimaneutrale Bebauung unter Verzicht auf fossile Energieträger fest. Dieses erfordert, wie im Plus-Standard beschrieben, die Erzeugung erneuerbaren Energien, also Photovoltaikanlagen auf allen Dächern.

Das Gute an den öffentlichen und privaten PV-Anlagen ist, dass diese sich rechnen, so dass weder die Stadt, die Privatleute, noch die Gewerbebetriebe für sich insgesamt höhere Belastungen haben. Im Gegenteil, bei der Stromkostenentwicklung profitiert der Eigentümer aus dem selbst erzeugten Strom, das Klima und die Versorgungssicherheit zusätzlich ganz nebenbei.

Wir Grünen können sicherlich mit unserem Anteil an den zustandegekommenen Beschlüssen zum Klimaschutz zufrieden sein.

An dieser Stelle möchte ich aber besonders das Engagement von Herrn Zehler und seinem Team Ökologie und Klimaschutz, sowie das Engagement von Herrn Schulz mit seinem Team Gebäudewirtschaft hervorheben und dafür Dank sagen.

Ich gehe davon aus, dass sich dieses Engagement auch bei der Umsetzung der Maßnahmen fortschreibt.

Am Ende möchte ich mich bei allen bedanken, die sich für das Gemeinwohl und damit für das friedliche Zusammenleben und die Demokratie engagieren. Ebenso gilt der Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, die einerseits viel Arbeit in den vorliegenden Haushalt investiert haben, andererseits aber noch mehr Arbeit in die Umsetzung der vielen Projekte.

Vielen Dank